



Für den Schutz der Zivilbevölkerung in Syrien, für Minderheitenrechte und für eine politische Lösung mit Perspektive

Die Lage in Syrien spitzt sich Anfang 2026 erneut gefährlich zu. In Aleppo ist es seit Anfang Januar zu schweren Kämpfen in mehrheitlich kurdischen Quartieren gekommen. Zehntausende Menschen wurden vertrieben, viele Zivilpersonen sind verletzt oder getötet worden.

Das am 29. Januar unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen zwischen der Selbstverwaltung in Rojava (DAANES) und der syrischen Übergangsregierung in Damaskus setzte den Massakern ein Ende. Die Lage bleibt insgesamt jedoch hochgradig instabil. Die Bevölkerung und politische Vertreter:innen der DAANES trauen der Einhaltung des Waffenstillstands durch die HTS (Hayat Tahrir al-Sham) und die Übergangsregierung unter Ahmed al-Scharaa nicht. Dazu kommt, dass ISIS-Zellen vermehrt wieder aktiv werden und durch das erneute Erstarken jihadistischer Ideologien Auftrieb erhalten.

Die Zukunft der demokratischen autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens als Vorreiterin der Demokratie und Gleichberechtigung ist ungewiss. Und mit ihr ist auch die Zukunft verschiedenster religiöser und ethnischer Minderheiten in Syrien wie der Kurd:innen, Alevit:innen, Drus:innen, Assyrer:innen, Jesid:innen und Christ:innen ungewiss.

Bis zum heutigen Zeitpunkt ist die Stadt Kobanê noch immer belagert und es gibt keinen humanitären Korridor für Hilfe aus den noch selbstverwalteten Gebieten. Obwohl ein Ende der Belagerung Kobanês Bestandteil der unterzeichneten Waffenruhe ist.

Nach dem Angriff anfangs Januar durch die syrische Armee und islamistische Milizen – unterstützt durch die türkische Armee – wurden mehrere tausend Familien aus Städten im Westen der DAANES vertrieben. Diese Menschen flohen in die für sie noch sicheren Gebiete im Osten Rojavas. Dort werden sie in Schulen notdürftig untergebracht. An Medikamenten, Privatsphäre, Heizungen und weiterem lebensnotwendigen fehlt es vor Ort.

Die SP Schweiz hält fest: Der Schutz der Zivilbevölkerung und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sind nicht verhandelbar. Syrien braucht eine politische Lösung, die Menschenrechte, Minderheitenschutz, Demokratie und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellt. Der instabile Waffenstillstand und das Rückkehrrecht für Binnenvertriebene muss von der internationalen Gemeinschaft und der Schweiz überwacht werden. Die Schweiz hat als humanitäre Akteurin, als Depositärstaat der Genfer Konventionen und als Staat mit Erfahrung in ziviler Friedensförderung eine besondere Verantwortung. Der Bundesrat wurde im Dezember 2025 durch eine parteiübergreifende Motion ([24.4498](#)) beauftragt, sich für den Schutz

ethnischer und religiöser Minderheiten in Syrien einzusetzen. Dieser parlamentarische Auftrag ist rasch umzusetzen.

Angesichts der aktuellen Eskalation fordern wir den Bundesrat auf, umgehend zu handeln.

Die SP fordert den Bundesrat auf:

1. **Schutz der Zivilbevölkerung und Minderheiten zur Priorität zu machen:** Die Schweiz soll sich bilateral und in internationalen Organisationen konsequent für den Schutz der Zivilbevölkerung und von Minderheiten in Syrien einsetzen.
2. **Waffenruhe und Rückkehrrecht überwachen:** Der Bundesrat soll die Überwachung der Waffenruhe und des Rückkehrrechts für Binnenvertriebenen durch die internationale Gemeinschaft unterstützen, auf eine sofortige Deeskalation drängen und politische Gespräche fördern, auch mit Blick auf lokale Schutzmechanismen in Städten wie Aleppo.
3. **Humanitäre Hilfe zu verstärken:** Die Schweiz soll ihre humanitäre Unterstützung ausbauen, insbesondere für medizinische Versorgung, Wasser, Nahrung, Unterkünfte, psychosoziale Hilfe und Winterhilfe, auch für Binnenvertriebene. Die humanitäre Hilfe soll primär über UNO-Organisationen abgewickelt werden.
4. **Humanitären Zugang und sichere Versorgungswege durchzusetzen:** Die Schweiz soll sich international für sichere Flucht- und Versorgungswege einsetzen und dafür, dass humanitäre Organisationen ungehindert Zugang erhalten, ohne Einschüchterung und ohne Blockaden. Insbesondere soll sich der Bundesrat für ein Ende der Belagerung der Stadt Kobanê einsetzen.
5. **Konsequente Aufarbeitung und Verfolgung von völkerrechtswidrigen Handlungen:** Wo Wasser, Strom, Spitäler oder Schulen getroffen wurden, braucht es eine Aufarbeitung und Verfolgung der Verantwortlichen. Weitere Völkerrechtsverletzungen, welche im Zusammenhang mit dem kürzlichen Angriff und der andauernden Besatzung stehen, müssen ebenfalls aufgearbeitet und verfolgt werden. Der Schutz ziviler Infrastruktur, die Aufarbeitung und die Verfolgung von völkerrechtswidrigen Handlungen muss in allen Gesprächen und multilateralen Foren eingefordert werden.
6. **Zivile Friedensförderung und Unterstützung der syrischen Zivilgesellschaft auszubauen:** Die Schweiz soll gezielt Organisationen stärken, die Menschenrechte, Bildung, Gesundheitsversorgung, Frauenrechte und Jugendperspektiven fördern, auch in schwer erreichbaren Regionen.
7. **Eine menschenrechtsbasierte Sanktionspolitik sicherzustellen:** Sanktionen müssen gezielt Verantwortliche treffen, dürfen aber humanitäre Hilfe und zivile Grundversorgung nicht behindern. Es braucht wirksame humanitäre Ausnahmen und klare Finanzkanäle für Hilfeleistungen. Es ist zu begrüßen, dass der Bundesrat am 20.06.2025 die Wirtschaftssanktionen gegenüber Syrien grossmehrheitlich aufgehoben hat, nachdem die EU dies auch getan hatte. Angesichts der heutigen Lage

ist in Koordination mit der EU zu prüfen, ob ein partielle Wiederverhängung gewisser Sanktionen sinnvoll ist.

8. **Solidarität mit Nord und Ostsyrien (Rojava) praktisch werden zu lassen:** Die Schweiz soll sich für den Schutz der Zivilbevölkerung und der lokalen demokratischen Strukturen einsetzen und humanitäre Hilfe, Wiederaufbau der Grundversorgung sowie Unterstützung für Flüchtlingslager verstärken.